

2013-05-16

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 12.10.2011

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:35 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Weber, Ralf-Peter Dr.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Sitzung wurde durch den Vorsitzenden des Ausschusses, **Oberbürgermeister Koschig**, eröffnet. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Gremiums (10 Mitglieder) fest.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Als Änderung der Tagesordnung teilte Herr Koschig mit, dass die Vorlage DR/BV/291/2011/VI-80 (TOP 8.4) zurückgezogen wird. Der Verwaltungsrat der IPG war in seiner letzten Sitzung nicht beschlussfähig, er sollte jedoch vor der Behandlung im Haupt- und Personalausschuss sein Votum abgeben können.

Die geänderte Tagesordnung wurde bestätigt und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

- 4 Genehmigung der Niederschrift vom 07.09.2011**

Die Niederschrift wurde mehrheitlich (zwei Enthaltungen) genehmigt.

5 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr OB Koschig gab die in der letzten Sitzung des Gremiums gefassten nichtöffentlichen Beschlüsse bekannt:

Stundung einer noch offenen Gewerbesteuer 2009 für eine Kommanditgesellschaft;

Grundstücksangelegenheit - Verkauf von kommunalen Grün- und Verkehrsflächen "Am Elbpavillon".

Zur Kenntnis genommen wurde die Vorlage über eine Eilentscheidung:

Fristwahrende Klageerhebung gegen die Baugenehmigung des Landkreises Anhalt-Bitterfeld vom 12.01.2010

Die Beschlussfassung im Stadtrat wurde empfohlen für

Verkehrliche Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der Gewerbegebiete DHW Rodleben und Industriehafen Roßlau zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Dessau-Roßlau

6 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Es gab keine Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

- Auf eine heute in der Mitteldeutschen Zeitung nachzulesende öffentliche Erklärung des Beigeordneten für Wirtschaft und Stadtentwicklung verwies **Herr OB Koschig**. Herr Hantusch habe diese Erklärung in der gemeinsamen Ausschusssitzung am gestrigen Tage vorgetragen und ihm dies mündlich angekündigt. Dem Rat des OB, dies nicht zu tun bzw. nochmals zu überdenken, sei er leider nicht gefolgt. Dies sei bedauerlich, da es einer Kapitulation vor dem Projekt gleichkommt.

Die Herr OB Koschig vorliegende schriftliche Begründung gebe ein für ihn einseitiges und verzerrtes Bild der eigentlichen Sachlage wieder. Als besonderer Schwachpunkt werden Kommunikationsprobleme benannt, die letztendlich „insbesondere zur Landesregierung nach Magdeburg einen sehr diffusen Eindruck bei diesem Projekt entwickelten.“ Gerade dies wäre ja eine besondere Aufgabe des Projektleiters gewesen, die Verwaltungsspitze regelmäßig auf dem Laufenden zu halten, damit diese in ihren zwangsläufig stattfindenden Gesprächen mit Vertretern der Landesregierung und des Landtages, der Bundesregierung und des Bundestages auch für den aktuellen Sachstand eintreten können. Informationen wurden in der Regel nur auf Anfrage erteilt.

So war es schon zu Beginn bezeichnend, dass der OB über die Projektidee Besucher- und Ausstellungszentrum am Bauhaus vom Direktor der Stiftung Bauhaus erfuhr und nicht von seinem Beigeordneten. Dies kann den Hauptverwaltungsbeamten natürlich sehr schnell in die Bredouille bringen, kommt er seinen Berichtspflichten gem. § 62 (2) der GemO bei wichtigen Planungsvorhaben nicht nach. Vom ersten Tag an aber hat die Verwaltungsspitze (mit Ausnahme von Dr. Raschpichler, der mehrfach vorgetragen hat, andere Standorte zu favorisieren) dieses Projekt mit ganzer Kraft unterstützt.

Zu keiner Zeit wurde die Arbeit des Dezernates VI, also des Beigeordneten, konkurrenziert, wie er schreibt. Fragwürdig war dann aber schon aus Sicht des OB die Arbeit des Projektleiters. In der schriftlichen Begründung beruft sich Herr Hantusch auf die klare Aussage des OB zu seiner Projektleitung. Davon sei Herr Koschig zu keiner Zeit abgewichen. Herr Hantusch sei schließlich der Beigeordnete für Wirtschaft und Stadtentwicklung und Herr Koschig könne viele Zeugen benennen, dass er immer wieder darauf hingewiesen habe, dass die Projektleitung bei ihm liegt, bis hin, dass Herr Koschig schon persönlich kritisiert wurde, wer denn hier der Chef sei.

Im Juli 2011 drängte u. A. Herr Kowa (MZ) und bat um Aussagen zum Bauhausmuseum. Das Büro des OB und die Pressestelle haben regelmäßig auf die Projektleitung verwiesen. Der Projektleiter hat allerdings wie bei vielen anderen Aussagen immer wieder um Aufschub gebeten, sie nicht gleich verweigert, aber auch nicht gleich Aussagen getroffen. Kurz vor seinem Jahresurlaub habe der OB dem Drängen von Herrn Kowa nachgegeben und schrieb, natürlich immer Cc... auch an den Beigeordneten, *„unabhängig von der Antwort von Herrn Hantusch, er habe das genaue Zahlenwerk parat, kann ich Ihnen folgendes mitteilen: 1. Die Unesco-Welterbemittel für das Bauhaus konnten unter maßgeblicher Mitwirkung des damaligen Wirtschaftsministers Dr. Haseloff eingeworben werden. Schon damals hatte das Land Probleme mit der dazugehörigen Co-Finanzierung. Die Stadt hat beim Bund eine weitere, wohl letztmalige Fristverlängerung beantragt. 2. Die Stadt ist Bauherr des Besucherzentrums am Bauhaus. Die Federführung liegt beim Beigeordneten für Wirtschaft und Stadtentwicklung Joachim Hantusch. Es gibt intensive Gespräche mit dem Land, da auch mehrere Ministerien involviert sind und 3. zum Finanzierungsanteil der Stadt: 1,5 Mio. €.“* Zu dieser einfachen Aussage, mit der Herr Kowa zufrieden war, hat es tagelang keine Aussagen gegeben.

Zum Projektmanagement: Zur mehrfach eingeklagten, von **Herrn Koschig** nie negierten Federführung, stellte der Oberbürgermeister drei Fragen:

Wo war der Projektmanager, als im Bauhaus über den Standort des Besucher- und Ausstellungszentrums diskutiert wurde?

Wo war er, als am 7. September in Magdeburg beim Parlamentarischen Abend drei Minister, mehrere Staatssekretäre, zahlreiche Landtagsabgeordnete und Förderer und Beförderer unseres Bauhauses und dieses Projektes Besucher- und Ausstellungszentrums gekommen waren? Herr Hantusch hätte von ihm als Hauptverwaltungsbeamten sofort eine Freistellung von der Teilnahme am Haupt- und Personalausschuss bekommen, die zur gleichen Zeit stattfand.

Wo war der Projektleiter eigentlich die ganze Zeit, seit alle Signale von Land und Bund gegen einen sofortigen Neubau standen?

In zahlreichen Gesprächen, über die Herr Koschig und auch Frau Nußbeck regelmäßig informierten, haben wir uns für den Neubau an den Sieben Säulen eingesetzt, haben wir für Prof. Oswald gekämpft, der einen schweren Stand in der Landesregierung hat, uns für seine Konzepte engagiert.

Zunehmend konnten wir feststellen, dass wir in zwei Schritten arbeiten müssten. Erste Äußerungen gab es schon bei dem symbolischen Baubeginn bei den Meisterrhäusern, wo sowohl Staatssekretär Klang wie auch Herr Bund vom Kultusministerium erste Ansagen in der Richtung machten. Deshalb wurde ja auch eine zweite Variante entwickelt. Wochenlang warteten wir auf das Prüfergebnis des Projektleiters. Wir haben es nicht herausgegeben, betonte Herr Koschig, wie es ihm persönlich vorgeworfen wurde. Wir wissen auch nicht, wie nach Magdeburg gelangt ist, dass wir Alternativen untersuchen. Das hatten wir der Landesregierung immer wieder zugesagt, immer wieder wurden wir auch aufgefordert, auch preiswertere Lösungen zu untersuchen. Die Standortuntersuchungen hatten wir ja selbst durchgeführt. Es gab auch sehr viele Gespräche sowohl mit ihm gemeinsam, mit verschiedenen Beigeordneten oder auch dem Stiftungsdirektor, um immer wieder für dieses Projekt einzuwerben und die Gesamtfinanzierung in den Haushalt zu bekommen.

Als allerdings der Ministerpräsident dem OB persönlich mitteilte, dass es am Widerstand Berlins scheitert - sowohl er hat ein persönliches Gespräch mit Staatsminister Neumann geführt wie auch Kultusminister Dorgerloh, welcher Herrn Koschig in der vorigen Woche telefonisch mitteilte, dass es im Landeshaushalt momentan nicht darstellbar ist, das Besucher- und Ausstellungszentrum am Bauhaus im vollen Umfang zu errichten - und uns bat, eine Lösung zu finden, die die bewilligten Mittel sichert, habe Herr Koschig diese Aufgabe in Auftrag gegeben. Dies tat er nicht am Beigeordneten vorbei, sondern in seiner regulären Dienstberatung am Montag. Es war aber auch nicht ganz neu, sondern entsprach weitgehend einer zusätzlichen Variante, die Prof. Oswald entwickelt hatte. Das Kultusministerium hatte deshalb auch schon den Stiftungsdirektor aufgefordert, eine Alternativkonzeption im Bauhausgebäude für ein Besucherzentrum zu erarbeiten. Dies liegt uns inzwischen auch schriftlich in einem Schreiben vor, was unsere Finanzbeigeordnete am Parlamentarischen Abend vom Staatssekretär Klang vom Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr erbeten und ihn im Grunde genommen in die Pflicht genommen hatte, dass man die Grundhaltung der Landesregierung schriftlich erhält, um zu wissen, wie wir hier weiter kommen.

Zu keinem Zeitpunkt habe Herr OB Koschig die große Idee aufgegeben. Er sei unter die Leute gegangen und habe für das Besucher- und Ausstellungszentrum geworben und werde es weiter tun, so wie er sich auch jetzt für die Sicherung und die sinnvolle Verausgabung der in Rede stehenden 7 Mio. € einsetzen werde. Werben werde er in allen Gesprächen, seit er zur Kenntnis nehmen musste, dass die 15 Mio. €-Lösung momentan nicht drin ist, für einen Haushaltstitel Bauhausdekade, der rechtzeitig vor 2018/2019 mit ausreichenden Mitteln ausgestattet sein muss, damit die Bauhausstadt und eben auch unser Bundesland als das Land, in der die Bauhausstadt Dessau nun einmal ist, endlich ein Bauhausmuseum bekommen.

Herr OB Koschig drückte seine Enttäuschung aus und fragte „Seit wann geben Mitarbeiter Arbeitsaufgaben ab, ist das Projektmanagement?“ Wir mussten schon feststellen, wie im letzten Stadtrat einfach die Prioritätenliste hingeschmissen wurde, bloß weil sie eben im Stadtrat noch nicht mehrheits- und beschlussfähig ist. Wie auch alle zu erkennen gegeben haben, ist sie sehr wichtig, aber eben noch zu überarbeiten. Das Projekt Besucher- und Ausstellungszentrum wurde einfach hingeworfen, nur weil das Projekt nicht wie das berühmte Länderspiel durchgeht, und es noch sehr viel Überzeugungsarbeit zu leisten gilt. Herr Koschig sei nach wie vor überzeugt, dass wir es packen können.

Wir haben zwei sehr wichtige Schritte erreichen können in der gemeinsamen Arbeit. Es ist gesetzt bei der Landesregierung, dass das Land Sachsen-Anhalt im Jahr 2019 in angemessener Weise 100 Jahre Bauhaus feiern kann. Es ist im Landtag und in der Landesregierung, das haben die vielen Gespräche gezeigt, gesetzt, dass wir uns vor Weimar und dem Freistaat Thüringen erneut blamieren dürfen und es ist großer Wille, und der Staatssekretär Klang hat uns das schriftlich ausgereicht, dass die bewilligten Unesco-Mittel jetzt zu sichern und sinnvoll auszugeben sind, um dann, und das ist sicherlich ein schwerer Weg, noch mal neu durchzustarten für das Ausstellungszentrum, also ein Bauhausmuseum. Herr Koschig denke, das könne jetzt als Arbeitstitel benannt werden. Er lade alle ein, uns dabei zu unterstützen. Wenn Herr Hantusch sich dazu nicht in der Lage sieht, sollte er zumindest dem Stadtrat sagen, was er ihm gestern unter 4 Augen gesagt hat. Herr OB Koschig bedaure den Schritt außerordentlich und er könne, wenn überhaupt, den Schritt nachvollziehen aus Amtsmüdigkeit. Diese wunderbare Stadt mit diesem hervorragenden Potential braucht Kämpfer, im Korn liegen schon zu viele Flinten, schloss Herr OB Koschig.

Herrn Beigeordneten Hantusch wurde das Wort erteilt. Er legte dar, ihn wundere eigentlich Form, Inhalt und vor allem Stil der Ausarbeitungen von Herrn Koschig, die er hier an den Tag gelegt habe. Eigentlich habe er dies als Oberbürgermeister gar nicht nötig, er kenne dies aber bereits aus den Fällen Raschpichler und Vorjans. Vieles sei richtig, was Herr Koschig gesagt habe, eine Zeit lang ging es ja auch gut. Die letzte Zeit habe aber gezeigt, dass er mit Frau Nußbeck in Person an Herrn Hantusch vorbei gearbeitet habe. Das könne er belegen:

In der Tat habe Herr Koschig am Montag, als er nicht da war, bekannt gegeben, dass das Besucherzentrum ohne Ausstellungsräume ins Bauhaus kommen soll: *„Ein Ausstellungszentrum Bauhausmuseum wird es vorläufig nicht geben, Bund fördert keine Neubauten. Meisterhäuser werden unter Betreuung vom Bauhaus*

mit Wechselausstellungen betrieben. Es soll geprüft werden, ob das Kornhaus im Konzept integriert werden kann (neue Option für die städtische Sanierung, sinnvolle Verwendungsprüfung der bewilligten Mittel usw.) Ziel ist die Sicherung der bereits bewilligten 7 Mio. €. Eigenmittel sind im Haushalt eingestellt.“ Diese Zahl sei schon einmal nicht richtig, es sind definitiv 5,2 Mio. €, man will aber nicht kleinlich sein, merkte Herr Hantusch an.

OB, Frau Nußbeck und Herr Westhagemann waren am 28.09. beim Ministerpräsidenten und den Staatssekretären von MF und MK, schließen sich der Zielrichtung Konzept Oswald an. Beim Kontakt Hantusch./Bullerjan am 7.10. sollte es keine andere Information vom Finanzminister gegeben haben.

Kornhaussanierung wäre aus Sicht der OB-DB mit Unesco-Mitteln hilfreich. Ansonsten müsste jetzt Finanzierung geklärt werden. Das schrieb ihm sein Stellvertreter, Herr Meister, auf und habe es ihm gestern übergeben.

Dann gibt es ein Schreiben aus dem MLV, Dr. Klang, an Frau Nußbeck, der sich auf eine Email vom 30.09. beruft. Das Schreiben ist hier eingegangen am 6.10. Man lasse ihn also zu Bullerjan fahren, ohne Informationen, die er nicht habe, aber die zu dem Zeitpunkt hier vorlagen, und lasse ihn dort wie einen dummen Jungen aussehen.

Frau Beigeordnete Nußbeck merkte an, das Schreiben sei am 11.10. eingegangen, worauf **Herr Hantusch** meinte, dies sei unerheblich, die Information hätte sie vorher gehabt. Die Information über das Gespräch von Frau Nußbeck mit Staatssekretär Klang habe Herr Hantusch bekommen in der Vorbereitung der Veranstaltung, die morgen mit den Landtagsabgeordneten durchgeführt werden soll, stellte **Herr OB Koschig** richtig.

In seinen Darlegungen fortfahrend, verwies **Herr Beigeordneter Hantusch** auf eine Email von Prof. Oswald am 6.10. an ihn. Er berichtet hierin, dass Herr Bullerjan nun Kuras und Ernst unabhängig voneinander gesagt hätte, unser Vorhaben würde finanziert, weil es Haseloff will. Er wisse nicht, ob Haseloff nun einen Rückzieher gemacht hat, nachdem Bullerjan dazu bereit war, ohne dies evtl. zu wissen. Er verstehe dies alles nicht mehr und auch Herr Hantusch könne dies nicht, weil Oswald am 6.10. bereits diese Information hatte. Er bezieht sich nämlich genau darauf.

Man sehe also, Frau Nußbeck und Herr Koschig bilden ein tolles Gespann am Beigeordneten vorbei zu Herrn Oswald, schlussfolgerte Herr Hantusch und stellte die Frage, warum sie den Beigeordneten nicht mitnehmen, wenn er doch die Federführung hat. Er wurde in den letzten Wochen und Monaten strategisch und mit Vorsatz von dieser Information abgeschnitten. Nun könne man ihm nicht vorwerfen, dass er den Job nicht vernünftig gemacht habe. Er wusste es auch bereits letzte Woche, da ihn nämlich Dr. Klang angerufen habe, weil es ihm mittlerweile mulmig wurde, dass eine Frau Nußbeck ihn anruft bzw. eine Email schickt zu einem Vorgang, wo Herr Hantusch doch bereits im Juni 5 Ministerien mitgeteilt habe, dass die Federführung bei ihm liegt. Damit mache man sich doch völlig unglaubwürdig.

Vor etwa zwei Wochen wurde mit Prof. Oswald ganz klar besprochen, wir bleiben bei den 15 Mio. €. Das wurde auch durchgestellt zum OB und er habe ihn immer informiert in der OB-Dienstrunde oder bei Gesprächen. Gestern habe er im Wirt-

schaftsausschuss von Dr. Neubert gehört, natürlich bleiben wir in der Resolution, die heute eingebracht werden sollte, bei den 15 Mio. €, weil zu oft die Stadt Dessau-Roßlau einen Rückzieher gemacht hat.

Es gibt unterschiedliche Zahlen, die der OB mit Prof. Oswald ins Feld gebracht habe an Herrn Hantusch vorbei. Er habe immer gesagt, wir können mit Varianten rechnen, aber es geht nichts nach Magdeburg. Dies sei von seiner Seite auch eingehalten worden. Er habe auch mit Frau Minister Wolf gesprochen, die auch sagte, dass es weniger werden könnte, aber es wurde nie das gesamte Vorhaben infrage gestellt. Auch nicht von Minister Bullerjan, mit diesem habe Herr Hantusch am Freitag letzter Woche noch eine Strategie ausgehandelt, wie wir jetzt schneller zum Ziel kommen.

Ohne Not wurde durch den OB eine Richtung verlassen und nach Magdeburg gesagt, wir wollen die Mittel einsetzen für das Kornhaus. Er beauftragte Prof. Oswald damit, aber die Fördermittel liegen bei uns und die Zahlen stimmen nicht. Zum Glück habe Herr Hantusch über das Gespräch, das wir beim MLV gestern geführt haben, sofort die beiden Amtsleiter informiert, die mit ihm gefahren sind und gesagt - das könne bezeugt werden - er sei enttäuscht von diesem Oberbürgermeister, er habe ihn „herunter gemeiert“, aber nicht ein einziges Mal gesagt „Herr Hantusch, überlegen Sie sich das doch bitte, wir können noch einmal darüber reden, wo haben wir Fehler gemacht.“ Das hätte Herr Hantusch von ihm erwartet als Führungskraft, aber nicht so eine Rechtfertigung als Oberbürgermeister, vor solch einem Gremium, vor der Öffentlichkeit, schloss **Herr Beigeordneter Hantusch**.

Es sei bedauerlich, dass Herr Hantusch seinem Chef nicht zuhöre, entgegnete **Herr OB Koschig**, da es seine erste Reaktion gewesen sei, dass er darüber noch einmal schlafen und man darüber noch einmal reden sollte. Er betonte, man habe nie das Vorhaben aus dem Auge verloren, alle Gespräche werden so geführt. Das Einzige, was zählt, ist aber, was wir von der Landesregierung schriftlich in der Hand haben, dass die Finanzierung momentan nicht darstellbar ist, der Bund nicht mitgeht bei Neubauten und in den Bestand zu investieren ist. Über das Kornhaus haben wir nur hinter vorgehaltener Hand gesprochen über mögliche Mittel, die noch zur Verfügung stünden. Herr Hantusch habe jetzt eine Vereinbarung verlassen und es öffentlich gemacht. Es war ein Prüfauftrag an die Verwaltung.

Was sich hier in diesem Ausschuss in der Öffentlichkeit abspiele, sei mehr als peinlich und unwürdig, mahnte **Herr Kolze** eindringlich an. Zu seinem Selbstverständnis, wie sich Wahlbeamte für ihre Stadt einzusetzen haben, gehört gerade nicht, dass ein Dezernent sagen kann, ab heute nehme ich die Aufgabe A, B oder C nicht mehr wahr. Herr Hantusch sei Dezernent für Wirtschaft und somit habe er dies auch weiter zu begleiten.

Auf der anderen Seite, richtete sich Herr Kolze an den Oberbürgermeister, komme im Ergebnis der Beurteilung des Bildes, welches er von seinem Beigeordneten hier zeichne, unterm Strich „unter den Anforderungen liegend“ heraus. Wenn es denn so ist, müssen Konsequenzen gezogen werden. In Magdeburger Ministerien sei mittlerweile das Bild so, dass über die Führung dieser Stadtverwaltung

die Hände überm Kopf zusammengeschlagen werden. Das Auftreten von Herrn Hantusch und Herrn Koschig könne so unter Kollegen, vielleicht beim Bier im stillen Kämmerlein, stattfinden, aber nicht in der Öffentlichkeit. Herr Kolze wisse nicht, was der Dessauer Bürger von seiner Rathauspitze halten und auch noch Vertrauen haben soll, dass für die Stadt etwas passiert. Um es vielleicht theatralisch auszudrücken, könnte man sagen, "Treten Sie zurück und machen Sie den Weg für Neuwahlen frei." Doch ob uns damit tatsächlich geholfen ist, wage er auch zu bezweifeln. Er hoffe nur, dass noch nicht alles kaputt ist und wir die Stadt weiterentwickeln können. Zum Thema Kornhaus wolle er mit Rücksicht auf Anwesende hier nichts sagen.

Herr Eichelberg berichtete, was in der MZ stand, habe ihn außerhalb von Dessau erreicht und sehr getroffen. Über Tage und Wochen haben sich mehrere Fraktionen darum gekümmert, Mittel aus Magdeburg zu bekommen. Es gab mehrere Gespräche, mit Ministern und CDU-Abgeordneten des Landes. Er könne Herrn Hantusch verstehen, wenn er sagt, unter den Voraussetzungen wolle er es nicht mehr. Wenn das nur ansatzweise stimmt, und er kenne Herrn Hantusch so weit, dass es stimmt, wäre es am besten, Herr Koschig stelle gegen sich selbst einen Misstrauensantrag. Er habe einen großen Schaden in Magdeburg angerichtet. Alles, was in Magdeburg erreicht wurde, sei kaputt. Ebenso wie Herr Kolze finde er es nicht gut, dass die Diskussion hier in der Öffentlichkeit geführt wird. Weil es aber hier angesprochen wurde, müsse man auch etwas dazu sagen. Unter diesen Voraussetzungen könne man nicht mehr arbeiten, es müsse etwas passieren. Dann müssen wir Neuwahlen auslösen, weil der Oberbürgermeister überfordert ist. Das sei nicht mehr für die Stadt tragbar. Es wird auch in Magdeburg gesehen, was hier läuft. Wenn es noch drei Jahre so geht, müsse man sich nicht mehr darüber unterhalten, wenn es über neue Gebietsreformen gehe, ob wir noch Kreisstadt werden, dann sind wir nichts mehr. Die Politik, welche im Rathaus betrieben werde, habe er in 20 Jahren seiner Arbeit im politischen Raum nicht erlebt.

Es helfe nicht, den Fauxpas, der hier stattfand, weiterzuführen, merkte **Herr Schönemann** an. Mit Schuldzuweisungen komme man nicht weiter. Wir haben eine Beschlusslage im Rat, die heißt Besucher- und Ausstellungszentrum am Standort Sieben Säulen. Jede andere Arbeitsrichtung bedarf der Vorberatung und einer neuen Beschlusslage. Vorher ist es weder öffentlichkeitswirksam oder irgendwie zu transportieren. Herr Schönemann habe sich zuletzt am Montag mit der Landtagsfraktion darum bemüht, dass es zumindest im Ansatz einen Haushaltstitel im Landeshaushalt gibt. Dies sei die Arbeitsrichtung, die weiter besprochen werden sollte. Ohne Not sollte nichts korrigiert werden, unabhängig davon, was in dem Schreiben an Frau Nußbeck steht, wo es um die Interpretation der Verwendungsmöglichkeiten dieser Mittel geht. Aus diesem Grunde unterbreitete Herr Schönemann ein Angebot:

Da inzwischen Prof. Oswald, der im Grunde ordentlich im Team mitwirkte, zwischen die Räder geriet, wolle er sich anbieten, in einem Gespräch zwischen den Protagonisten zu vermitteln. Es muss versucht werden, den Faden wieder gemeinsam aufzunehmen. Die Idee für die Bauhausstadt sei ihm zu wichtig, als dass es einem solchen Ränkespiel untergeordnet wird. Wenn sich Herr Dr. Neupert dem Angebot anschließen könne, wäre er ihm dankbar. Er wolle, dass es zu-

künftig ein Besucher- und Ausstellungszentrum gibt, dass wir international den Stellenwert bekommen, den wir verdienen. Wenn die Stadt in der Lage ist, diese schwierige Situation zu meistern, werden wir auch Achtung bei der Landesregierung erzielen.

Zu den angesprochenen Dingen wollte sich **Herr Dr. Neubert** nicht äußern. Er kam zurück auf das eigentlich zu verfolgende Ziel. Das Besucher- und Ausstellungszentrum soll nicht aus den Augen verloren gehen. Mitte der vergangenen Woche und am Dienstag dieser Woche fanden Sitzungen des Bauausschusses und des Wirtschaftsausschusses statt. Im Zusammenhang mit den dortigen Diskussionen ist das Problem der Finanzierung und Realisierung des Besucher- und Ausstellungszentrums relativ spontan artikuliert worden. Es schien sich eine vergleichsweise triste Situation auszubreiten, weil die verfügbaren Informationen nicht gerade erfreulich waren. Deshalb habe Herr Dr. Neubert nach Rücksprache mit Herrn Busch die Auffassung erlangt, dass aus der Stadt ein neues Signal kommen muss, was wir wirklich wollen. Den anwesenden Mitgliedern des Bauausschusses, so auch dem Dezernenten, habe er vorgeschlagen, eine Resolution oder Erklärung des Stadtrates zu verfassen. Es sollte der ausdrückliche Wille, dieses Ziel zu verfolgen, nochmals dokumentiert werden und die ausdrückliche Bekräftigung des vorliegenden Beschlusses von vor rund einem Jahr.

Dr. Neubert betonte, allerdings müsse zuvor eine Abstimmung und Verständigung untereinander erfolgen, dass es nicht die Aktion einzelner, sondern aller Mitglieder ist und dass nach Möglichkeit wir dafür Sorge tragen, dass nicht ein einziger im Stadtrat dagegen stimmt und wir geschlossen dafür stimmen. Herr Dr. Neubert reichte an dieser Stelle den Anwesenden einen Entwurf dieser Erklärung zu, mit der Bitte, sich nach dem Lesen dieser darüber zu verständigen, um in der nächsten Stadtratssitzung einen solchen Beschluss einreichen zu können.

Herr Schönemann merkte an, es handelt sich um die Intention des Bauausschusses letzter Woche, so auch handeln zu wollen.

Die Erklärung könne ohne Zweifel unterschrieben werden, schätzte **Herr OB Koschig** ein. Es war nie sein Anliegen, eine andere Variante zu verfolgen, so lange keine andere Entscheidung getroffen wurde. Es waren die Auffassungen von Vertretern der Regierung aus verschiedenen Landtagsfraktionen, die in die Richtung drängen, dass momentan die große Lösung einfach nicht möglich ist. Da ist natürlich eine solche einstimmige Resolution ein ganz wichtiges Dokument auch als Signal der Geschlossenheit des Stadtrates.

Es wurde nochmals von **Herrn Dr. Neubert** betont, dass Voraussetzung ist, dass das Papier die Zustimmung aller im Stadtrat vertretenen Parteien findet und als Beschlussvorlage von allen gemeinsam eingebracht wird.

Wie bekannt ist, habe die Fraktion Pro Dessau-Roßlau von Beginn an das Vorhaben kritisch begleitet, legte **Herr Bönecke** dar. Da, wie Herr Dr. Neubert auch bestätigte, der Standort nicht in der Erklärung steht, sei das Problem behoben. Es wurde immer gesagt, dass man zu dem Besucher- und Ausstellungszentrum stehe. Allerdings irritiere ihn die Einleitung des OB bzw. des Dezernenten. Der OB habe bereits in seiner Einführung vom Thema Kornhaus bzw. anderen Standorten

in Räumen des Bauhauses besprochen, was also nicht erst durch Herrn Hantusch hier öffentlich gemacht wurde.

Herr Bönecke stellte fest, dass es offensichtlich in der Verwaltungsspitze eine divergierende Arbeitsrichtung gibt. Es gibt den Dezernenten, der von Anfang an den Stadtratsbeschluss konsequent umsetzend, noch in der letzten Woche mit den entsprechenden Ausschüssen getagt hat, und es gibt offensichtlich den Oberbürgermeister, der hier bereits angefangen hat, eine andere Arbeitsrichtung zu verfolgen, ohne (wiederholt) zumindest den Haupt- und Personalausschuss in Kenntnis zu setzen, dass es hier Störfelder gibt, die ein Umdenken notwendig machen. Dies zwingt ihn an dieser Stelle zum wiederholten Male zum Nachdenken, wie der Oberbürgermeister als Spitze der Verwaltung mit den Gremien des Stadtrates umgeht. So geht es definitiv nicht weiter. Immer wieder gab es in den zurückliegenden drei Hauptausschusssitzungen ein solches Thema, wo gesagt wurde, das geht so nicht. Jedes Mal nehme der OB das zur Kenntnis und sagt, es wird geändert, es passiert nicht wieder. Es passiert aber jedes Mal wieder, immer ein anderes Spielfeld, aber immer wieder auf die gleiche Art und Weise. Es werden Tatsachen aus dem Haus heraus transportiert und die Mitglieder des Hauptausschusses können es nur zur Kenntnis nehmen.

Zunächst nahm **Herr OB Koschig** das Angebot dankend an. Des Weiteren widersprach er jedoch den Ausführungen von Herrn Bönecke. Er habe keine Arbeitsrichtung geändert. 1. hat das Kultusministerium Prof. Oswald beauftragt, ein Alternativkonzept vorzulegen aufgrund der Erkenntnisse der Landesregierung aus der Haushaltslage und der Äußerung aus dem BKM. 2. habe er in seiner normalen Dienstberatung angesprochen, das ist die aktuelle Lage, bitte prüft und untersetzt dies, wie es funktioniert. Vorher könne man nicht in den Stadtrat gehen. Richtig ist, es gibt einen Stadtratsbeschluss und er könne ihn nur ändern oder novellieren bzw. aktualisieren, wenn Fakten da sind. Die genannte Zahl von 7 Mio. € wurde kritisiert, er habe sie aber nicht erfunden, sie wurde ihm vom Ministerpräsidenten gesagt. In diesem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten, in dem es zunächst nur um den Neujahrsempfang der Landesregierung im nächsten Jahr in unserer Stadt ging, sind noch weitere Themen angesprochen worden.

Auch das, was die Dienstreise von Frau Nußbeck und Herrn Westhagemann betraf, hatte einen ganz anderen Grund. Es ging darum, mit dem MF und dem Stiftungsrat zu beraten, wie wir das Haus Emmer aus der Stiftung Meisterhäuser herauslösen. Wir bauen da momentan auf einem fremden Grundstück, um es dann in die Stiftung Bauhaus mit einbringen zu können. Dass der Staatssekretär des Finanzministeriums gleich den Staatssekretär des Kultusministeriums mit heranzieht, war ein glücklicher Umstand. Davon wusste aber keiner von uns, wir wurden aber vom Kultus darauf angesprochen. Es war einfach ein gutes Gremium, um viele Dinge ansprechen zu können. Zu keiner Zeit wurden hinter dem Beigeordneten, hinter seiner Federführung, irgendwelche Schritte veranlasst. Es ist ganz normal über die Dienstberatung angeschoben worden, um es in seinem Bereich auch umzusetzen.

Herr Bönecke bat um nochmalige Klarstellung der Termine: Die Email von Prof. Oswald, in dem er sagte, er wisse nicht weiter, war vom 06.10. und die Dienstberatung, auf die Bezug genommen wird, war am Montag 10.10. Diese Daten wurden von Herrn Hantusch bestätigt.

An Herrn Koschig gewandt, merkte **Herr Hantusch** an, dass es nicht sein Stil sei, das öffentlich auszubreiten. Der OB habe in der OB-DB gesagt, er, Frau Nußbeck und Herr Westhagemann waren am 28.09. beim Ministerpräsidenten und sie drei schließen sich der Zielrichtung Konzept Oswald an. Was er jetzt hier gesagt habe, sei doch definitiv verkehrt. Weil er völlig erstaunt war, weil keiner im Dezernat mehr durchblickte bei den vielen Richtungen, die Prof. Oswald vorgegeben hat, hatte Herr Meister in der OB-DB gefragt, ob Herr Hantusch Bescheid wisse. Herr Koschig habe mit Nein geantwortet. Dies sei der Fakt und deshalb habe er das Projekt zurückgegeben. Eines müsse doch klar sein, wenn wir jetzt die Unesco-Mittel nicht nutzen und energisch mit der Landesregierung verhandeln, werden wir nie eine Lösung Besucherzentrum am Bauhaus haben.

Auf den von Herrn Dr. Neubert ausgereichten Erklärungsentwurf eingehend, bestätigte **Herr Kolze**, dieser könnte im Rat durchaus mit überwältigender Mehrheit beschlossen werden. Er sehe aber im Moment als Stadtrat nicht die Notwendigkeit einer solchen Erklärung, da es eine klare Beschlusslage gibt. Es müsse alles daran gesetzt werden, diese auch umzusetzen. Allerdings, merkte Herr Kolze an Herrn Hantusch gewandt an, sei er verwundert, da er dachte, Herr Hantusch und Prof. Oswald hätten in der ganzen Sache relativ eng zusammengearbeitet. Wie könne es dann dazu kommen, dass er bestimmte Entwicklungen nicht von Prof. Oswald mitgeteilt bekommen hat.

Hinsichtlich der angesprochenen Mittel im Landeshaushalt oder der Unesco-Mittel sprach sich **Herr Hantusch** für die Beschlussfassung der Erklärung mit der Unterschrift aller Fraktionen aus, da es ein psychologisches Moment gerade während der Haushaltsberatungen im Land sei. Des Weiteren erinnerte er an die morgige Zusammenkunft mit Landtagsabgeordneten aus Wittenberg, Bitterfeld und Dessau.

Herr Giese-Rehm merkte an, in seiner Wortmeldung wollte er sein Befremden über die gestrige Öffentlichkeit zum Ausdruck zu bringen. Nun gehe es darum, auf den Weg zu kommen. Er wolle ausdrücklich unterstützen, dass wir uns noch einmal treffen, da er sowohl vom Oberbürgermeister als auch von Herrn Hantusch hörte, dass die Arbeitsrichtung nicht dieselbe ist. Deshalb kann es nur so sein, die Sache so abzuschließen, dass wir sagen, wir stehen zu dem, was wir beschlossen haben und wollen es nach wie vor. Gut ist, dass alle Fraktionen dies mit unterschreiben.

Wie bereits angedeutet wurde, gibt es noch einmal eine Zusammenkunft aller Parteien und Fraktionen aus der Region, legte **Herr Eichelberg** dar. Hierzu sei intensive Vorarbeit geleistet worden. Die Region werde hinter uns stehen und es ist auch gut so, ein Signal in Richtung Magdeburg zu geben. Er gebe deshalb volle Unterstützung und sehe es ebenso, dass alle Fraktionen unterzeichnen sollten. Die Erklärung untermaure den gefassten Beschluss und es wäre schon heute ein gutes Signal für die Veranstaltung, an der die Regionalpolitiker und Landtagsabgeordneten teilnehmen. Jetzt sei dies wichtig, damit man zum Ziel kommt. Alles andere müsse unbedingt auch geklärt werden, aber später.

Herr Bönecke signalisierte die Unterstützung seiner Fraktion für die Resolution.

Zustimmung wurde ebenfalls von **Herrn Kolze** für die CDU-Fraktion angekündigt, wobei evtl. textliche Änderungen noch eingearbeitet werden sollen.

Herr Dr. Neubert sagte zu, alles vorzubereiten, dass es als gemeinsamer Beschlussantrag aller Fraktionen rechtzeitig auf die Tagesordnung der Stadtratssitzung am 26.10.2011 gesetzt werden kann.

Abschließend sprach **Herr Schönemann** die Bitte aus, dass es ausgehend von dem heutigen Gespräch eine Konsultation mit Prof. Oswald gibt.

- Im Tagesordnungspunkt fortfahrend, erhielt **Herr Dreibrodt** das Wort. Er erinnerte daran, dass man im letzten Sozialausschuss mit einer Information konfrontiert wurde, über deren Inhalt s. E. im Finanzausschuss und auch im Haupt- und Personalausschuss gesprochen werden müsse. Es gehe um die Dienstvereinbarung Betriebliches Gesundheitsmanagement. Ursache ist der hohe Krankenstand in der Verwaltung mit steigender Tendenz. Ziel dieser Vereinbarung ist die Verbesserung der Situation. Das Wo, Wann und Wie in Anbetracht der Kassenlage dieser Stadt stelle er dazu in Frage. Deshalb sollte diese Angelegenheit auf die Tagesordnung des nächsten Haupt- und Personalausschusses und in aller Ruhe besprochen werden. Dazu sollten konkrete Zahlen vorliegen, welche Kosten entstehen würden.

Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler wies darauf hin, er sei Leiter der Projektgruppe Betriebliches Gesundheitsmanagement. Das Ganze münde in eine Dienstvereinbarung zwischen dem Oberbürgermeister und ihm in Persona. Der Personalrat hat seine Unterschrift signalisiert, der Oberbürgermeister habe bis heute nicht unterzeichnet. Herr Dr. Raschpichler habe dem OB und Frau Nußbeck heute schriftlich mitgeteilt, dass er diese Diskussion als unwürdig erachte. Er als Einbringer habe die Vorlage für den nichtöffentlichen Bereich eines Fachausschusses gewählt. An Herrn Dreibrodt gewandt, merkte Herr Dr. Raschpichler an, nach den Protokollen des Ausschusses, die er nun zur Kenntnis nehmen konnte, sei das Verfahren für ihn derart befremdlich, dass er den OB gebeten habe zu entscheiden, möchte er die Betriebsvereinbarung oder nicht. Wenn er sie unterschreibt, stehe Dr. Raschpichler weiter als Projektleiter zur Verfügung. Wenn nicht, gibt es dieses Projekt nicht mehr. Die Entscheidung liege weder beim Finanzausschuss, weder beim Sozialausschuss noch beim Stadtrat oder Hauptausschuss. Es ist eine betriebliche Vereinbarung und er empfehle allen Stadträten, Zuständigkeiten zu respektieren.

Nach der Beratung der Vorlage in der OB-Dienstberatung sei ihm noch nichts zur Unterschrift vorgelegt worden, betonte **Herr OB Koschig**. Selbstverständlich stehe er dazu, ein Betriebliches Gesundheitsmanagement einzuführen und es ist eine Sache zwischen Arbeitnehmer und Arbeitsgeber. Er könne keinen Dissens zwischen ihm und Herrn Dr. Raschpichler erkennen und er sei auch bereit, gegenüber dem Stadtrat oder den Ausschüssen diese Arbeitsrichtung innerhalb der Verwaltung zu verteidigen.

Dies sei sein Problem, entgegnete **Herr Dr. Raschpichler**. Er habe ein Schreiben der Beigeordneten Frau Nußbeck, in dem genau das Ansinnen der Ausschüsse unterstützt wird, was ihn befremde. Er sehe sich außerstande, Erläuterungen vorzunehmen, da er auch keinen Erläuterungs- oder Entscheidungsbedarf sehe.

Frau Beigeordnete Nußbeck stellte richtig, sie habe lediglich eine Information weitergeleitet. Der Aussage pflichtete **Herr Bönecke** bei, da die Anfrage von Herrn Dreibrodts bereits im Finanzausschuss gekommen ist. Man habe gesagt, es macht wenig Sinn, darüber zu sprechen, wenn der zuständige Beigeordnete nicht da ist. Deshalb hatte sich der Finanzausschuss darauf verständigt, die Angelegenheit auf die Tagesordnung des nächsten Ausschusses zu setzen. Es sei das gute Recht eines Ausschusses, auch wenn er nur beratende Funktion hat, letztendlich aber die Finanzfragen dieser Stadt im Auge haben muss, sich bei einer solchen Vereinbarung, die wirtschaftliche Auswirkungen haben wird, diese Informationen geben zu lassen. Es gehe nicht darum, eine Entscheidung zu treffen. Der Finanzausschuss wollte, ebenso wie der Sozialausschuss, diese Information haben und so sei es auch weitergeleitet worden.

Es ist eine interne Angelegenheit, pflichtete **Herr Eichelberg** dem Beigeordneten Dr. Raschpichler bei. Natürlich könne das einzelne Mitglied oder der Ausschuss eine Information darüber erhalten. In der Sache selbst könne nicht diskutiert werden.

Zusammenfassend erklärte **Herr OB Koschig**, der Ausschuss habe ein Informationsrecht. **Herr Dreibrodts** bekräftigte, dass der Finanzausschuss in Anbetracht der Kassenlage informiert sein muss, wofür Geld ausgegeben werden soll. In der Vorlage war ersichtlich, dass alle zugestimmt haben, mit Ausnahme des Amtes für Stadtfinanzen, welches das auch begründet hat. Die Stadträte sollen das wissen und die Hintergründe kennen. Mehr wollte er nicht. Er betonte, es sei auch nicht nur seine Meinung, in der Sitzung des Sozialausschusses wurde zum Großteil diese ebenfalls so vertreten.

- **Herr OB Koschig** bat darum, unter dem laufenden Tagesordnungspunkt Herrn Richard Höbel das Rederecht zu erteilen. Herr Höbel möchte dem Ausschuss sein Konzept für das Kornhaus Dessau vorstellen.

Es gab Einverständnis und es erfolgte eine kurze Einführung durch **Herrn Beckerz**, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement. Im Anschluss daran stellte **Herr Höbel** zunächst seine persönliche und berufliche Entwicklung vor. Daran anschließend präsentierte er sein Konzept zur Betreuung des Kornhauses mit einem Ausblick auf die nächsten Jahre auch hinsichtlich der personellen und technischen Ausstattung.

Zunächst wurden keine Anfragen gestellt und **Herr OB Koschig** schloss den Tagesordnungspunkt.

Zurück kommend auf die Darlegungen von Herrn Höbel wies **Herr Schönemann** darauf hin, dass es hinsichtlich der Finanzierung bei der derzeitigen sich abzeichnenden Vertragskonstellation zwei Möglichkeiten gibt. Es müsse ausgelotet werden, was zur Sicherung eines solchen Projektes möglich ist. Dabei wäre u. a. Erbpacht denkbar, was abzuprüfen wäre.

Herr Hantusch erwiderte, man werde alle Optionen mit Herrn Höbel durchgehen. Er halte jedoch nichts davon, einem jungen Menschen, der sich dieses Themas annimmt, solche Kosten aufzubürden. Es wäre besser, wenn die Renovierung in

irgendeiner Form anders laufen würde. Es nutze niemandem, wenn die Qualität schlechter wird oder die Einnahmen nicht da sind. Man werde sicher das Thema nochmals in den Hauptausschuss einbringen.

Herr Kolze bestätigte dies, wies aber darauf hin, dass das nur in Form einer reinen Informationsvorlage erfolgen sollte. Wie bereits Herr Bekierz angemerkt habe, sei die Arbeitsrichtung - wenn es keine explizite Gegenrede gibt - klar und die Verwaltung werde jetzt die Voraussetzungen schaffen, dass der neue Pächter so schnell wie möglich und optimal starten kann.

Die möglicherweise bauliche Umsetzung könne jedoch keine reine Information sein, betonte **Herr Bönecke** sich Herrn Kolze anschließend.

Der Tagesordnungspunkt wurde beendet.

8 **Beschlussfassungen**

8.1 **Umwandlung des Amtsblattes in ein amtliches Verkündungsblatt - Alternativvorschläge (Vorschlag 02400-2) Vorlage: DR/BV/275/2011/I-OB**

Herr OB Koschig wies darauf hin, dass hierüber heute nicht befunden werden kann. Es gibt aus dem Finanzausschuss Prüfungsaufträge, welche zunächst erfüllt werden müssen.

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

8.2 **Kalkulation der Straßenreinigungsgebühren Vorlage: DR/BV/309/2011/II-EB**

Die Kalkulation wurde mehrheitlich bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 9:0:1

8.3 Neufassung der Straßenreinigungsgebührensatzung
Vorlage: DR/BV/310/2011/II-EB

Der Haupt- und Personalausschuss stimmte der Neufassung der Satzung zu.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

8.4 Neufassung des Gesellschaftsvertrages zur Qualifizierung der WBD
Industriepark Dessau GmbH
Vorlage: DR/BV/291/2011/VI-80

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

8.5 Änderung der Gebührentarife der Sondernutzungssatzung zum 1.
Januar 2012
Vorlage: DR/BV/325/2011/VI-66

Herr OB Koschig verwies auf ausgereichte Korrekturen/Ergänzungen für die Anlagen 2 und 3 der Vorlage.

Herr Schönemann merkte an, im Bauausschuss sei diskutiert worden, dass es ein Entgegenkommen der Gewerbetreibenden geben soll. Dafür sollte in Zukunft nach Möglichkeit einmal im Jahr eine Verständigung geben, was sich positiv entwickelt hat und welche Dinge eher kontraproduktiv sind für eine attraktive Gestaltung des jeweiligen Umfeldes. Die Kommunikation soll nicht auf die reine Gebührenebene gescho-ben werden, sondern es soll auch eine konzeptionelle Begleitung erfolgen.

Der Haupt- und Personalausschuss bestätigte die Änderung der Gebührentarife.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde geschlossen und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

13 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch den Vorsitzenden des Gremiums, Herrn OB Koschig, ge-schlossen.

Dessau-Roßlau, 16.05.13

Klemens Koschig
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Schriftführer